

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der **16.** Sitzung des **Ausschusses für Planung und Verkehr** des Rhein-Sieg-Kreises am 20.09.2017:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	Kenntnisnahme	--
1.	Einwohnerfragestunde	--	--
2.	Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 27.06.2017	anerkannt	--
3.	Niederschrift über die 5. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 24.05.2017	anerkannt	--
4.	REGIONALE 2025 Projektraum "Bergisches Rheinland" - Gründung der "REGIONALE 2025 Agentur GmbH" -	74/17 Empfehlung KA/KT: Zustimmung zum Beschlussvorschlag	einstimmig, Seite 6
5.	Überlegungen zu Preishärten im VRS-Tarif - Vortrag Herr Vogel -	Kenntnisnahme	--
6.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.08.2017: Klares Bekenntnis zum VRS-MobilPass	75/17 Ablehnung des mo- difizierten Antrags	MB (CDU, FDP) ./ SPD, GRÜNE LINKE, FUW/ Piraten, Seite 10
7.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 06.07.2017: Förderung des Fahrradverkehrs	Antrag ist durch Verwaltungsvorlage erledigt	--
8.	RadPendlerRoute Bonn-Alfter-Bornheim - Abschluss eines Letter of Intent -	76/17 Zustimmung zum Beschlussvorschlag	einstimmig, Seite 11
9.	Ausbau von Radwegen an Kreisstraßen	77/17 Zustimmung zum Beschlussvorschlag	einstimmig, Seite 12
10.	Fahrplanwechsel im Dezember 2017	Kenntnisnahme	--
11.	Mitteilungen und Anfragen		
11.1.	Baumaßnahmen an Bundesautobahnen und verkehrsbedeutenden Straßen in der Region - Bericht der Verwaltung -	Kenntnisnahme	--

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
11.2.	Geplante Baumaßnahmen im SPNV 2017-2019	Kenntnisnahme	--
11.3.	ÖPNV-/SPNV-Investitionsprogramm 2017-2021 des NVR - Aufnahme neuer Investitionsvorhaben in den Maßnahmenkatalog gemäß § 12 ÖPNVG NRW - Anmeldungen für die Förderung nach § 13 ÖPNVG NRW beim Land NRW	Kenntnisnahme	--
11.4.	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen a) Kein ÖPNV-Bedarfsplan vor 2020	Kenntnisnahme	--
	Nichtöffentlicher Teil		
12.	Mitteilungen und Anfragen	--	--

Folgende Beschluss-Empfehlung fällt in die Zuständigkeit von KA/KT:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
4.	REGIONALE 2025 Projektraum "Bergisches Rheinland" - Gründung der "REGIONALE 2025 Agentur GmbH"-	74/17 Empfehlung KA/KT: Zustimmung zum Beschlussvorschlag	einstimmig, Seite 6

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 16. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises am 20.09.2017:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:05 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 12.09.2017
Einladungsnachtrag vom: --

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Norbert Chauvistré
Herr Franz Gasper
Herr Hans-Peter Höhner
Herr Marcus Kitz
Herr Oliver Krauß
Herr Tim Salgert
Herr Christian Sieberg
Herr Helmut Weber

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Volker Heinsch
Frau Ute Krupp
Herr Dietmar Tandler

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Edith Geske
Herr Ingo Steiner **Vorsitzender**
Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Sachkundige Bürger CDU

Herr Klaus Beer
Herr Ingo Hellwig in Vertretung für Abg. Kühlwetter
Herr Guido Koch
Herr Werner Seifert
Herr Christian Stock
Herr Dr. Frederic Tewes in Vertretung für Abg. Franken

Sachkundige Bürger/-in SPD

Herr Mario Dahm
Herr Ömer Kirli
Frau Sara Zorlu in Vertretung für Abg. Becker

Sachkundiger Bürger GRÜNE

Herr Michael Schroerlücke

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Klaus Reker

Sachkundiger Bürger FUW/Piraten

Herr Hermann-Josef Nöthen

Sachkundiger Bürger DIE LINKE

Herr Raymund Schön

in Vertretung für SkB Wichmann

Schriftführerin

Frau Ursula Hillebrand

Entschuldigt fehlten:

Frau Abg. Becker (SPD)
 Herr Abg. Franken (CDU)
 Herr Abg. Kühlwetter (CDU)
 Herr SkB Kurth (AfD)
 Herr SkB Schlömer (SPD)
 Herr Abg. Seelbach (SPD)
 Herr SkB Wichmann (DIE LINKE)
 Herr Abg. Windhuis (GRÜNE)

Vertreter/-innen der Verwaltung:

Herr Dr. Tengler	Leiter des Referates Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung
Herr Dr. Sarikaya	Stellvertretender Wirtschaftsförderer
Herr Pütz	Leiter des Straßenverkehrsamtes
Herr Dr. Berbuir	Fachbereichsleiter Verkehr und Mobilität
Herr Dr. Groneck	Fachbereich Verkehr und Mobilität

Gäste:

Herr Dr. Reimar Molitor	Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Region Köln/Bonn e.V.
Herr Michael Vogel	Verkehrsverbund Rhein Sieg GmbH Leiter Tarif/Vertrieb

16. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 20.09.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Verwaltung und den Vertreter der Presse sowie die beiden Gäste, Herrn Dr. Reimar Molitor, geschäftsführendes Vorstandsmitglied beim Region Köln/Bonn e.V. und Herrn Michael Vogel, Leiter Tarif/Vertrieb beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg zur 16. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr.

Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest und wies auf die heutigen **Tischvorlagen** hin: Änderungen im Gesellschaftsvertrag der „REGIONALE 2025 Agentur GmbH“ (TOP 4), Broschüre der AGFS „nahmobil – 200 Jahre Fahrrad“. Die Änderungen im Gesellschaftsvertrag sind der Niederschrift als **Anlage 1** nochmals beigefügt.

Änderungen zur Tagesordnung gab es nicht.

1	Einwohnerfragestunde	
---	----------------------	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, stellte fest, dass für die heutige Sitzung keine Einwohnerfragen eingereicht wurden.

2	Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 27.06.2017	
---	--	--

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wird anerkannt.

3	Niederschrift über die 5. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 24.05.2017	
---	---	--

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wird anerkannt.

4	REGIONALE 2025 - Projektraum "Bergisches Rheinland" - Gründung der "REGIONALE 2025 Agentur GmbH" -	
---	--	--

Herr Dr. Molitor stellte die Ziele, den Sachstand und die weiteren Umsetzungsschritte der REGIONALE 2025 vor.

Seine Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Anschließend ließ der Vorsitzende, Herr Steiner, über die Beschluss-Empfehlung zur Gründung der „REGIONALE 2025 Agentur GmbH“ abstimmen. Er wies nochmals darauf hin, dass die von der Bezirksregierung gewünschten Änderungen im Gesellschaftsvertrag heute als Tischvorlage vorgelegt wurden. Ferner informierte er darüber, dass der Finanzausschuss bereits am 13.09.2017 der Beschluss-Empfehlung einstimmig zugestimmt und für die Gesellschafterversammlung die Abgeordneten Dr. Bieber und Tendler benannt habe.

16. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 20.09.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
74/17

Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der Kreistag nimmt den Sachstand zur REGIONALE 2025 „Bergisches Rheinland“ zur Kenntnis. Der Kreistag stimmt der Gründung und Beteiligung an der Gesellschaft „REGIONALE 2025 Agentur GmbH“ zu.
2. Soweit Änderungen im Gesellschaftsvertrag, insbesondere seitens der Kommunalaufsicht und/oder des zur Beurkundung beauftragten Notars erforderlich werden, wird diesen bereits jetzt zugestimmt, sofern die Änderungen keinen Nachteil für den Rhein-Sieg-Kreis bedeuten.
3. Der Kreistag entsendet in die Gesellschafterversammlung gemäß § 11 Abs. 1 den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises sowie Herrn Dr. Torsten Bieber und Herrn Dietmar Tendler.

Abst.-
Erg.:

einstimmig

5	Überlegungen zu Preishärten im VRS-Tarif - Vortrag Herr Vogel -	
---	--	--

Der Vorsitzende, Herr Steiner, bemerkte einfürend, das Thema sei von Herrn Vogel, Leiter Tarif/Vertrieb beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg, bereits in der Verbandsversammlung des VRS vorgestellt worden. Da im Rhein-Sieg-Kreis viele Kommunen vom 2 b-Tarif betroffen seien, sei Herr Vogel gebeten worden, seinen Vortrag auch hier im Ausschuss zu halten.

Einzelheiten seines Vortrages können der als **Anlage 3** beigefügten Präsentation entnommen werden.

Der Vorsitzende dankte für den Vortrag und bemerkte, dass sicherlich ein Großteil der potenziellen Fahrgäste den ÖPNV aufgrund der Tarifsituation nicht nutze. Das bestätige auch die Tatsache, dass Pendler aus dem Rhein-Sieg-Kreis oftmals mit dem Auto die Tarifzongrenze überfahren, die an den Randhaltestellen vorhandenen Parkplätze der Einkaufszentren nutzen, um dann an der ersten Haltestelle auf Bonner Stadtgebiet in die Bahn zu steigen und den Tarifsprung so zu umgehen.

Abg. Krauß führte aus, entscheidend sei, dass der Kunde die Preise der einzelnen Verkehrsverbände vergleiche. Bei den 2 b-Tarifen (Vierer- und Einzelticket) spüre der Kunde die Tariffärten am ehesten und sehe auch die Gerechtigkeitslücken. Das Tarifsystern sei 2003 eingeführt worden. Seit 2004 gebe es fast jährlich prozentuale Preissteigerungen, die dazu führen, dass die Gerechtigkeitslücken immer größer werden. Vor vielen Jahren sei man schon auf die Einführung des E-Tickets vertröstet worden. Natürlich sei das E-Ticket die große Hoffnung, da man dann nur die Kilometer bezahle, die man tatsächlich fahre. Insofern hoffe er, dass die Einführung des E-Tickets schneller als bisher vorangetrieben werde. Letztendlich wolle man mehr Bürger und Bürgerinnen auf den ÖPNV bringen. Dafür müsse der ÖPNV attraktiv sein. Dazu gehöre auch ein transparentes System. Herr Vogel habe heute einen guten Beitrag zur Kundeninformation geleistet. Seine Fraktion wünsche sich, dass Herr Vogel seine Überlegungen zu den Preishärten auch in den von der 2 b-Stufe besonders betroffenen Kommunen vorstelle, um auch vor Ort für die Thematik zu sensibilisieren. Berücksichtigt werden müsse dabei auch die Einnahmesituation der Ver-

kehrsunternehmen und die Frage der Kapazitäten auf der jeweiligen Linie.

Abg. Tendler äußerte, die Tarifdiskussion werde immer wieder in den VRS-Gremien geführt. Es gebe keinen „Königsweg“, der totale Gerechtigkeit garantiere. Jeder betrachte das Ticket aus seiner persönlichen Sicht. Entscheidend sei, wo man wohne, wo das Ticket genutzt werden solle und wie man fahren möchte. Die Zahlen zeigen aber, dass der Verkehrsverbund Rhein-Sieg als Modell sicherlich ein Erfolgsmodell sei. Es gebe erhebliche Zunahmen bei den Nutzerzahlen (überwiegend Zeitkarten-Nutzer). Wenn man Großstädte wie Köln und Bonn mit ländlichen Kommunen wie Windeck oder Ruppichterath zusammenbringen müsse, sei es wirklich schwierig, ein gerechtes System zu schaffen. Man habe immer wieder versucht, neue Wege zu finden. Dennoch sei es bisher nicht gelungen, eine 100 %ige Kundenzufriedenheit zu erreichen. Bei aller Digitalisierung müsse aber auch immer darauf geachtet werden, dass die Kunden, insbesondere ältere Menschen, das System noch verstehen und nutzen können. Insofern müsse es vernünftige Übergänge bei der Einführung des E-Tickets geben.

SkB Schroerlücke führte aus, er glaube nicht, dass das E-Ticket in den nächsten fünf Jahren eingeführt werde. Deshalb müsse überlegt werden, wie das jetzige System gerechter gemacht werden könne. Das von Herrn Vogel genannte Beispiel der Linie 66 werde dadurch etwas entschärft, dass es auf dieser Linie sog. Kurzstreckentarife gebe. Im SPNV gebe es diese nicht. Die Bürger und Bürgerinnen von Alfter-Witterschlick bzw. Alfter-Impekoven empfinden es als ungerecht, wenn sie mit der S 23 z.B. zum Arzt nach Bonn-Duisdorf fahren und 3,80 € für eine Station bezahlen müssen. Auch, wenn man normaler Weise mit dem SPNV keine Kurzstrecken fahre, gebe es, wie in dem genannten Beispiel, Ausnahmen, die besondere Härten darstellen. Hier stelle sich die Frage, ob man in diesen besonderen Härtefällen im SPNV nicht eine Kilometergrenze festlegen könne, innerhalb derer der Kurzstreckentarif gelte.

Abg. Chauvistré bemerkte, die Zahl der von der Preishärte 2 b betroffenen Nutzer der Linie 66 sei relativ gering. Er glaube aber, dass die Zahl der betroffenen Nicht-Nutzer, die man natürlich nicht kenne, sehr hoch sei. Deshalb halte er es für wichtig, jetzt etwas zu tun und nicht auf die Einführung des E-Tickets zu warten. Nach seiner Auffassung sollte man für den Bereich der Kurzstrecke keine Einzelfalllösung für bestimmte Linien festlegen. Man könnte allerdings die Zahl der Haltestellen, die eine Kurzstrecke definieren, erhöhen. Darüber hinaus könnte man die unmittelbar an Bonn angrenzenden Gemeinden in die Bonner Tarifzone einbeziehen. Er wolle wissen, ob sich der VRS hierzu Gedanken gemacht habe.

Abg. Dr. Kuhlmann wies darauf hin, dass er als Einwohner von Alfter-Witterschlick ebenfalls von den Preishärten im VRS-Tarif betroffen sei. Eine Lösung für das Problem sehe er nur über die Einführung eines E-Tickets (wie z.B. die Oyster Card in London). Der Fahrpreis sollte grundsätzlich von der Länge der Fahrstrecke abhängig gemacht werden. Insofern sehe er dringenden Handlungsbedarf. Man müsse beim E-Ticket deutlich schneller vorankommen.

Abg. Krupp merkte an, im VRS-Verbund können sich ältere Menschen auch zusammen tun und sich für 60 € im Monat ein Senioren-Ticket ausstellen lassen. Dieses Ticket sei übertragbar. Sie kenne in Rheinbach 14 Personen, die ein solches Senioren-Ticket gemeinsam nutzen. Es werde an einem bestimmten Ort hinterlegt, und wer es brauche, hole es sich dort ab. Dadurch komme man auf einen unschlagbar günstigen Fahrpreis. Zwischen Rheinbach und Meckenheim liege auch eine Preis-

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

stufe. Bürger und Bürgerinnen, die bei den Preisen lieber mit dem Auto in die Stadt fahren, weisen sie auf die Parkplatzsuche und die Parkgebühren hin, die oftmals bei 3 €/Stunde liegen. Wenn man sich als Autofahrer einen Parkplatz suche, der für diesen Zweck nicht ausgerichtet sei (z.B. an Einkaufszentren), dann sei dies auch nicht in Ordnung.

Herr Vogel erklärte, auf Einladung komme er auch gerne in die Kommunen und halte dort seinen Vortrag. Wie er dargestellt habe, werde die Problematik der Preisverwerfung grundsätzlich auch beim VRS gesehen und analysiert. Er warne aber davor, aufgrund der identifizierten Probleme eine Tarifreform anstoßen zu wollen. Er glaube, dass sich mit Hilfe des E-Tarifs gute Möglichkeiten bieten, die Preishärten auszugleichen. Grundsätzlich sei das E-Ticket beim VRS gut platziert. Als Pionierverbund habe der VRS bereits im Jahre 2003 das erste E-Ticket eingeführt. Jetzt gehe es um den E-Tarif, der über das Smartphone abgebildet werde und der es ermöglichen solle, entfernungsbasiert zu tarifieren und damit die Preishärten abzufedern ohne die Gesamtsystematik in Frage zu stellen. Das müsse man sich aber genau anschauen. Es gebe derzeit kein System von der Stange, was man einfach einkaufen und implementieren könne. Alle Systeme befinden sich noch im Pilotstadium. Den wirklichen Echtbetrieb über den Gesamttarif gebe es zurzeit noch nicht.

Das von Herrn Schroerlücke dargestellte Problem mit der S-Bahn zwischen Alfter-Impekoven und Bonn-Duisdorf sei ein extremes Beispiel. Normalerweise gehe der VRS davon aus, dass die genutzten SPNV-Relationen nicht kurzstreckenrelevant seien. Wenn man hier eine Kilometergrenze einführen würde, würde man das Kurzstreckensystem mit heute vier Haltestellen durchbrechen. Falls man darüber nachdenken wolle, müsse es aber auf das gesamte Verbundgebiet angewendet werden und das bedeute einen deutlichen Eingriff ins Tarifsysteem.

Herr Chauvistré habe darauf hingewiesen, dass die Anzahl der Nichtnutzer aufgrund der Preishärten sehr hoch sei. Dies könne durchaus sein. Er habe sich die aktuellen Nutzerzahlen aufgrund von Verkehrserhebungen angeschaut. Da diese Zahlen so niedrig waren, glaube er nicht, dass sie durch die Nicht-Nutzer-Zahlen eine derart hohe Relevanz erhalten würden, dass sich daraus ein wirklicher Handlungsbedarf ergeben würde. Es wäre aber sicherlich interessant, über Marktforschung und Kundenbefragung hierzu genauere Zahlen einzuholen.

Durch die Integration benachbarter Kommunen in die Großstädte schaffe man nur neue Grenzen und verlasse den Tarifgrundsatz „Eine Gemeinde, ein Preis“. Dies führe zumindest zu einer kleinen Tarifstrukturreform und beinhalte auch ein Transparenzproblem gegenüber dem Kunden. Die Kommunikationslücke müsste mit viel Aufwand geschlossen werden. Wenn man die Anzahl der Kurzstrecken erhöhe, sei man beim Thema „Mindererlöse“. Insofern halte er diese Lösungsansätze nicht für umsetzbar.

Eine grundsätzliche Tarifierung nach Entfernung schaffe natürlich auch wieder Gewinner und Verlierer (Beispiel: Chorweiler-Flughafen, 31 km innerhalb der Stadt Köln). Im E-Tarif könnte man solche Verwerfungen aber durch Preisobergrenzen, Rabatte o.ä. in den Griff bekommen. Schwierig sei dagegen die Einführung der „Oyster Card“, die in London ein „geschlossenes System“ darstelle. In Deutschland gebe es dagegen „offene Systeme“. Dadurch würden sich schwere Verwerfungen gegenüber den anderen Verkehrsträgern und auch den Nachbarverbundräumen innerhalb eines Bundeslandes ergeben. Deshalb könne er sich nicht vorstellen, dass der VRS ein „geschlossenes System“ einführen würde.

SkB Schroerlücke ergänzte, natürlich gebe es in einem System immer Härten, aber das von ihm genannte Beispiel im SPNV-Verkehr zwischen Alfter und Bonn stelle eine extreme Härte dar. Wenn Herr Vogel die Einführung der Kurzstrecke im SPNV

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

als eine grundsätzliche Änderung der Tarifstruktur bezeichne, die nicht gewollt sei, habe er hierfür ein gewisses Verständnis. Er gebe aber zu bedenken, dass der SPNV im Bereich Kurzstrecke jetzt schon eine Ausnahme darstelle, weil die Kurzstrecke im SPNV nicht existiere. Wenn es schon eine Ausnahme sei, dann könne man diese Ausnahme auch anders gestalten.

Abg. Windhuis machte deutlich, seine Fraktion werde regelmäßig von den Bürgern und Bürgerinnen auf die Tarifungerechtigkeiten angesprochen. Insofern sei es für ihn äußerst unbefriedigend, wenn der VRS hier keinen akuten Handlungsbedarf sehe. Er erkundigte sich, wann eine gerechtere Tarifstruktur erwartet werden könne. Selbst das E-Ticket sei, gerade auch im Hinblick auf die älteren Menschen, kein „Allheilmittel“.

Herr Vogel äußerte, das Thema „Betroffenheit“ sollte man sich noch einmal genauer anschauen. Wenn die Vertreter aus Alfter das Gefühl haben, dort herrsche ein höherer Betroffenheitsgrad als der VRS das wahrnehme, dann müsse dieses Wahrnehmungsdefizit auf jeden Fall abgebaut werden. Wie der VRS mit den Preishärten umgehe, habe er versucht, in dem Vortrag darzustellen. Es bestehe die Möglichkeit einer konventionellen Tarifreform mit allen Schwierigkeiten und Risiken, die eine solche Reform mit sich bringe. Aus der Sicht des VRS sei aber der Ansatz über einen E-Tarif mit der Pilotierung von Entfernungskomponenten eine vernünftige Möglichkeit, um die Preishärten abzufedern. Auf die Frage nach dem zeitlichen Horizont antwortete er, es sei schwierig, einen konkreten Zeitpunkt zu nennen. Der VRS werde sich aber jetzt mit dem Aufsetzen eines konkreten E-Piloten beschäftigen. Gespräche mit den Anbietern werden ebenfalls bereits geführt. Er hoffe, dass das Pilotprojekt innerhalb von 1 bis 1,5 Jahren umgesetzt werden könne, um dann Erfahrungen zu sammeln, inwieweit es von den Kunden genutzt werde, wie es funktioniere, und ob es tatsächlich einen tariflichen Lösungsansatz biete.

Der Vorsitzende dankte Herrn Vogel für den Vortrag und appellierte an alle Ausschuss-Vertreter aus den betroffenen 2 b-Kommunen, das Angebot von Herrn Vogel anzunehmen und ihn in die dortigen Fachausschüsse einzuladen.

6	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.08.2017: Klares Bekenntnis zum VRS-MobilPass	
---	---	--

Abg. Tendler erläuterte, die SPD-Kreistagsfraktion sei durch eine Anfrage eines Landtagsabgeordneten und die entsprechende Antwort alarmiert worden, dass die schwarz-gelbe Landesregierung über die Bezuschussung des Ticket-Angebotes neu nachdenke. Seine Fraktion sei der Meinung, dass das MobilPass-Ticket ein Riesenerfolg sei. 2012 wurden 320.000 Tickets verkauft. 2016 habe sich die Zahl der Monatstickets mehr als verdoppelt. Der MobilPass erschließe vor allem auch Benutzergruppen, die den ÖPNV vorher wenig oder gar nicht genutzt haben. Mit dem Antrag solle dies noch einmal deutlich gemacht werden. Der Vorstandsvorsteher des VRS und der Vorsitzende der Verbandsversammlung haben daraufhin den Verkehrsminister angeschrieben. Dies begrüße seine Fraktion außerordentlich. Dennoch sollte auch noch einmal ein politisches Gremium diese Auffassung verstärken. Dabei reiche es aus, wenn der Fachausschuss sich ebenfalls noch einmal für den Erhalt des MobilPass-Tickets ausspreche. Er bitte darum, heute über den so modifizierten Antrag abstimmen zu lassen.

Abg. Kitz betonte, die Verbandsversammlung des VRS sei ein politisches Gremium.

16. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 20.09.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Insofern sei mit dem Schreiben an den Verkehrsminister eine politische Stellungnahme abgegeben worden. Eine nochmalige Beschlussfassung in den Gebietskörperschaften im VRS-Verbund sei nach seiner Auffassung nicht erforderlich.

Abg. Tendler teilte diese Auffassung nicht. Er verwies noch einmal auf seine Ausführungen und die Modifizierung des Antrags und bat den Vorsitzenden, über den Antrag abstimmen zu lassen.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, wies darauf hin, dass es vor allem um den zweiten Satz des Beschluss-Vorschlages, die Aufforderung an die Landesregierung, gehe. Diese habe sich durch das Schreiben des VRS-Verbandsvorstehers und des Vorsitzenden der Verbandsversammlung an den Verkehrsminister Wüst erledigt.

Abg. Tendler bat darum, zumindest über den ersten Satz des Beschluss-Vorschlages abstimmen zu lassen.

SkB Schoen erklärte, seine Fraktion könne den Antrag nur unterstützen. Seine Partei habe schon vor Jahren eine noch viel sozialere Form des MobilPass-Tickets gefordert. Wenn er sehe, wie auf Landesebene das Tariftreue- und Vergabegesetz weitgehend reformiert und die Mietpreisobergrenzen-Verordnung zurückgefahren werden solle, dann halte er es für dringend erforderlich, dass der Erhalt des MobilPass-Tickets hier noch einmal deutlich gemacht werde.

Vor der Abstimmung las Abg. Tendler noch einmal den modifizierten Beschluss-Vorschlag aus dem Antrag vor.

B.-Nr.
75/17

Der Ausschuss für Planung und Verkehr spricht sich für den Erhalt des vergünstigten Ticketangebotes des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg, den VRS-MobilPass-Tickets, aus.

Abst.-
Erg.:

Ablehnung des Antrags!
MB (CDU, FDP) ./ SPD, GRÜNE, LINKE, FUW/Piraten

7	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 06.07.2017: Förderung des Fahrradverkehrs	
---	---	--

Abg. Dr. Kuhlmann trug vor, der Bund habe erheblich mehr Mittel für Radwege zur Verfügung gestellt. Die Kreisverwaltung habe dazu Stellung genommen. Er dankte für die Vorlage, bedauerte aber gleichzeitig, dass die personellen Kapazitäten nicht ausreichten, um die Fördermöglichkeiten voll auszuschöpfen. Seine Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn die Verwaltung im Bereich Radverkehr personell aufgestockt werden könnte.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, erinnerte daran, dass die Verwaltung mit sehr viel Arbeit die Bewerbung für den Radschnellweg Bonn, Sankt Augustin, Siegburg auf den Weg gebracht habe. Leider sei die Bewerbung am Abstimmungsverhalten in Sankt Augustin gescheitert.

Abschließend stellte der Vorsitzende mit Einverständnis des Antragstellers fest, dass sich der Antrag durch die Verwaltungsvorlage erledigt habe.

16. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 20.09.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

8	RadPendlerRoute Bonn-Alfter-Bornheim - Abschluss eines Letter of Intent -	
---	--	--

SkB Schroerlücke begrüßte ausdrücklich die Einigkeit zwischen den drei beteiligten Kommunen. Es sei ein sehr sinnvolles Projekt und er hoffe, dass der Ausschuss heute der Absichtserklärung zur Umsetzung des Projektes zustimme.

Abg. Dr. Kuhlmann betonte, das Projekt sei ein sehr schönes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit. Er hoffe, dass mit dem Bau des Radweges baldmöglichst begonnen werden könne.

B.-Nr. **Der Ausschuss für Planung und Verkehr stimmt dem Letter of Intent zur Umsetzung der RadPendlerRoute Bonn-Alfter-Bornheim zu.**
76/17

Abst.- **einstimmig**
Erg.:

9	Ausbau von Radwegen an Kreisstraßen	
---	-------------------------------------	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, erläuterte, es gehe heute darum, die Verwaltung mit der Stufe 1 des Konzeptes zum Ausbau von Radwegen, der Bedarfsermittlung, zu beauftragen. Die Ergebnisse werden dem Ausschuss voraussichtlich in der nächsten Sitzung vorgelegt.

Herr Dr. Berbuir, Fachbereichsleiter Verkehr und Mobilität, wies darauf hin, dass ab sofort in jeder Beschluss-Vorlage Angaben zum Ressourcenverbrauch zu machen sind. „Haushaltsmittel sind veranschlagt bei: 0.90“ bedeute, dass die Maßnahme mit abteilungsinternem Personal durchgeführt werden könne. Gleichzeitig sei in diesem Fall bei der Auswahlmöglichkeit am Ende des Vordruckes „Deckung ist innerhalb des Budgets gegeben“ anzukreuzen. Dieses „X“ fehle versehentlich in der heutigen Vorlage. Er bitte, dies zu ergänzen.

Der Vorsitzende erklärte, wenn sich herausstellen sollte, dass für die weiteren Stufen externe Unterstützung benötigt werde, werde hierüber in der nächsten Sitzung beraten.

Abg. Tendler äußerte, aus der Bevölkerung sei an seine Fraktion herangetragen worden, dass es einen Radweg an der K 60 gebe (Bornheim-Sechtem/Wesseling), der auf dem Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises nicht ausreichend beleuchtet sein solle. Er bitte die Verwaltung um Prüfung und entsprechende Mitteilung.

Darüber hinaus regte er an, dass sich der Ausschuss zukünftig den einen oder anderen Radweg vor Ort anschau, um den Ausbau von Radwegen besser beurteilen zu können.

Hinweis der Verwaltung:

Die Kreisstraße K 60 verläuft von der Landesstraße L 190 auf dem Gebiet der Stadt Bornheim bis zur Stadtgrenze von Wesseling. Der entlang der Kreisstraße verlaufende Rad- und Gehweg ist durch einen 1,75 m breiten Grünstreifen von der Fahrbahn getrennt und hat eine Breite von 2,50 m. Die Unfalllage auf dem Radweg ist unauffällig.

16. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 20.09.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Das Straßen- und Wegegesetz NRW regelt die Aufgaben der Baulastträger. In dem Aufgabenkatalog ist die Straßenbeleuchtung der Radwege nicht als Aufgabe vorgesehen, weshalb diese als kommunale Daseinsvorsorge gem. § 8 Gemeindeordnung NRW anzusehen ist. Sofern die Beleuchtung des Rad- und Gehweges gewünscht ist, müsste diese durch die Stadt Bornheim geplant, gebaut und unterhalten werden.

SkB Dahm erkundigte sich, ob die in der letzten Sitzung angesprochenen Kreisstraßen/Radwege, die nicht unmittelbar an den Hauptachsen liegen, ebenfalls in die Bedarfsermittlung einbezogen werden.

Herr Dr. Berbuir antwortete, in die Bedarfsermittlung werden alle Kreisstraßen einbezogen; zum Schluss werde es aber eine Priorisierung geben müssen.

B.-Nr. **Der Ausschuss für Planung und Verkehr beauftragt die Verwaltung, mit der**
77/17 **Stufe 1 des Konzeptes zum Ausbau von Fahrradwegen an Kreisstraßen (Be-**
darfsermittlung) gemäß den Erläuterungen zu beginnen und dem Ausschuss
die Ergebnisse vorzulegen.

Abst.- **einstimmig**
Erg.:

10	Fahrplanwechsel im Dezember 2017	
----	----------------------------------	--

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

11	Mitteilungen und Anfragen	
-----------	----------------------------------	--

11.1	Baumaßnahmen an Bundesautobahnen und verkehrsbedeutenden Straßen in der Region - Bericht der Verwaltung -	
------	--	--

Der Ausschuss nahm die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

Abg. Krupp machte noch einmal deutlich, was der Landesbetrieb Straßen.NRW im Zusammenhang mit der Lärmschutzmaßnahme an der BAB 61 bisher geboten habe, sei sehr unerfreulich. Das gesamte Gehölz wurde bereits im Frühjahr entfernt, weil die Maßnahme vorgezogen werden sollte. Aufgrund von Ausschreibungsfehlern konnte dann die Maßnahme doch nicht umgesetzt werden. Wenn das die Verbesserung in den Arbeitsabläufen des Landesbetriebes sein solle, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn die Bürger und Bürgerinnen sich über den Landesbetrieb aufregen würden.

Abg. Windhuis erkundigte sich, wann die Verkehrszählungen im Zusammenhang mit den Westerwerken in Alfter-Heidgen durchgeführt worden seien und wann mit den Ergebnissen zu rechnen sei. Aus der Vorlage gehe hervor, dass Eingaben von Anwohnern über nächtliche LKW-Fahrten beim Rhein-Sieg-Kreis nicht mehr eingehen. Er habe in den letzten 10 Tagen morgens um 6.00 Uhr drei LKWs dort stehen sehen, die offensichtlich über Nacht angefahren seien. Er könne nicht verstehen, warum das

nicht beim Rhein-Sieg-Kreis eingegangen sei.

SkB Nöthen nahm aus der Sicht der Obstbauern Bezug auf die geplante Lärmschutzwand in Rheinbach-Wormersdorf (BAB 61). Dort gebe es auch zwei Orte, in denen intensiv Obstbau betrieben werde. Die Ersdorfer und Altendorfer Obstbauern befürchten erhebliche Beeinträchtigungen für ihre Obstkulturen durch die Errichtung der Lärmschutzwand. An der Lärmschutzwand werde sich die kalte Luft stauen und dann in Richtung Meckenheim abfließen.

SkB Beer entgegnete, die „Kältewirkung“ sei untersucht und als nicht relevant eingestuft worden. Außerdem ende die Lärmschutzwand in Wormersdorf und greife nicht auf das Meckenheimer Gebiet über. Die Äußerungen von Frau Krupp unterstützte er ausdrücklich. Der Landesbetrieb habe schon vor einige Zeit angekündigt, dass die Lärmschutzwand errichtet werde. Dann habe man abgeholzt. Ohne den Schutz der Bäume habe sich die Lärmbelastung noch einmal erhöht. Auf Nachfrage wurde dann irgendwann bekanntgegeben, dass die Maßnahme doch nicht mehr in diesem Jahr umgesetzt werde. Als Grund stelle sich mangelnde Kommunikation zwischen zwei Ausführungsbereichen heraus. Dadurch werde die Glaubwürdigkeit des Landesbetriebs in Frage gestellt. Er hoffe sehr, dass die neue Zusicherung eingehalten und mit den Arbeiten im Frühjahr 2018 begonnen werde.

SkB Nöthen wies darauf hin, das Klimagutachten beziehe sich lediglich auf einen kleinen begrenzten Raum von ca. 20 ha, tatsächlich betroffen seien aber 300 ha.

Herr Pütz, Leiter des Straßenverkehrsamtes, bestätigte die Ausführungen von Frau Krupp und Herrn Beer. Er werde gerne vor der nächsten Sitzung noch einmal beim Landesbetrieb Straßen.NRW nachfragen und sich den neuen Zeitplan (Frühjahr 2018) bestätigen lassen.

Zu den Westerwerken erklärte er, dass sowohl im April als auch am 12. September eine Verkehrszählung durchgeführt worden sei. Die Ergebnisse könne er heute bekanntgeben (s.u.). Um die erbetenen Hinweise der Fa. Westerwerke an die jeweiligen Lieferanten zu dem nächtlichen Durchfahrverbot habe sich der Bürgermeister in Alfter gekümmert. Es sei richtig, dass der Rhein-Sieg-Kreis für Ordnungswidrigkeitenanzeigen zuständig sei. Anzeigen seien beim Rhein-Sieg-Kreis aber nicht eingegangen. Natürlich gebe es ab und zu Hinweise von Nachbarn, die berichteten, dass dort nachts LKWs abgestellt werden und die Fahrer geschlafen hätten. Das nächtliche Durchfahrverbot werde aber nach seinen Erkenntnissen eingehalten. Die Seitenradarmessungen würden dies im Übrigen auch belegen. Gemessen wurde an zwei Zählstellen mit folgendem Ergebnis:

Messstelle A „Heerstraße“:	25 LKW am 25.04.2017
	33 LKW am 12.09.2017
Messstelle B „Zufahrt Westerwerke“:	17 LKW am 25.04.2017
	20 LKW am 12.09.2017

Der Grund für die unterschiedlichen Zahlen an beiden Messstellen liege entweder darin, dass nicht alle LKW auch zu den Westerwerken gefahren seien oder aber, dass mit dem Seitenradarmessgerät auch landwirtschaftliche Fahrzeuge mit entsprechenden Längen erfasst worden seien.

Abschließend informierte Herr Pütz noch über zwei aktuelle Mitteilungen, die in der Vorlage noch nicht aufgeführt waren:

Der Landesbetrieb Straßen.NRW habe am 27.09.2017 zu einem ersten Beteiligungs-

16. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 20.09.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Scoping (Abstimmung des weiteren Verfahrens zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern) für die neue Rheinquerung zwischen Niederkassel und Wesseling-Godorf eingeladen.

Die Handwerkskammer Köln führe eine Maßnahme zur Förderung der E-Mobilität durch. Sie stelle in Zusammenarbeit mit Autohäusern innerhalb eines Probezeitraumes für eine bestimmte Anzahl von Handwerksbetrieben Elektrofahrzeuge zur Verfügung. Der Rhein-Sieg-Kreis leiste einen kleinen Beitrag zur Förderung der E-Mobilität, indem er für diesen Zeitraum die Handwerker-Parkausweise kostenlos ausstelle.

11.2	Geplante Baumaßnahmen im SPNV 2017-2019	
------	---	--

Abg. Krauß bat erneut darum, auf eine rechtzeitige und umfassende Kundeninformation hinzuwirken. Diese habe bezogen auf die Baumaßnahmen, die Ende Oktober auf der linken Rheinstrecke anstehen, wiederholt nicht gut funktioniert. Hinsichtlich der als Anhang 1 der Vorlage beigefügten aktuellen Baumaßnahmen von September bis Dezember 2017 wies er darauf hin, dass es inzwischen auch im Rhein-Sieg-Kreis Bahnhöfe gebe, an denen außer den Zügen der DB Regio AG auch noch Züge anderer Verkehrsunternehmen halten. In künftigen Übersichten über die Baumaßnahmen im SPNV sollte dies berücksichtigt werden.

Abg. Tendler nahm Bezug auf die vom 16.07. bis zum 27.08.2018 geplanten Gleiserneuerungsarbeiten auf der Siegstrecke zwischen Hennef und Herchen bzw. zwischen Schladern und Wissen. Das bedeute, dass dort sechs Wochen fast gar kein Eisenbahnverkehr stattfinden könne. Er halte es für dringend erforderlich, dass diese Baumaßnahme frühzeitig kommuniziert werde.

11.3	ÖPNV-/SPNV-Investitionsprogramm 2017-2021 des NVR - Aufnahme neuer Investitionsvorhaben in den Maßnahmenkatalog gemäß § 12 ÖPNVG NRW - Anmeldungen für die Förderung nach § 13 ÖPNVG NRW beim Land NRW	
------	--	--

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

11.4	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	
------	------------------------------------	--

a) Kein ÖPNV-Bedarfsplan vor 2020

Herr Dr. Berbuir, Fachbereichsleiter Verkehr und Mobilität, informierte, das Verkehrsministerium habe mitgeteilt, dass sich die Veröffentlichung des ÖPNV-Bedarfsplans verschieben werde. Der Vertrag zur multimodalen Landesverkehrsuntersuchung sei wegen unüberbrückbarer Differenzen der Vertragsparteien zum methodischen Vorgehen gekündigt worden. Auch wenn möglichst zeitnah ein neuer Auftrag vergeben werden solle, sei nicht vor dem Jahr 2020 mit der Fertigstellung des neuen ÖPNV-Bedarfsplans zu rechnen.

Ende des öffentlichen Teils

16. Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr am 20.09.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

12	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.



Ingo Steiner
Vorsitzender

Ursula Hillebrand
Schriftführerin